

Erfurt, 13. März 2008

Antwort auf Kleine Anfragen: Differenziertes Bild zur Jugendkriminalität in Thüringen

Meißner: Fallzahlen gehen zurück – Kein Grund zur Entwarnung

Erfurt – „Die Jugendkriminalität in Thüringen geht ausweislich der Fallzahlen zurück.“ Diese Schlussfolgerung zieht die jugendpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Beate Meißner, aus den jetzt vorgelegten Antworten der Landesregierung auf zwei Kleine Anfragen zu diesem Thema. Die Jugendpolitikerin forderte den Bundestag auf, den vom Bundesrat vorgelegten Entwurf für ein Gesetz zur Verbesserung der Bekämpfung der Jugenddelinquenz zu verabschieden, um noch gezielter gegen Jugendgewalt vorgehen zu können.

Wie Meißner sagte, ist die Zahl der Ermittlungsverfahren gegen Jugendliche und Heranwachsende von 2004 bis 2006 von 52 893 auf 40 818 gesunken. Die Anzahl der Tatverdächtigen unter 14 Jahren sank zwischen 2004 und 2007 von 3104 kontinuierlich auf 2155. Kritisch bewertet die Abgeordnete den starken Rückgang bei den Anträgen im vereinfachten Verfahren und beim Urteils- und Beugearrest für 14- bis 16-jährige. „Das sind Mittel, die eine ausgeprägte pädagogische Wirkung auf die Einsichtsfähigkeit junger Straftäter haben. Deshalb sollten sie intensiver genutzt werden.“ Wie sie hinzufügte, muss bei „allen Angaben bedacht werden, dass sich die Zahl der Geburten nach 1990 nahezu halbiert hat. Und das zeigt sich allmählich auch bei der Jugenddelinquenz“, so die Abgeordnete.

Vor diesem demographischen Hintergrund darf das insgesamt aufgehellte statistische Bild ihren Worten zufolge auch nicht „als Entwarnung missverstanden werden“. Ihrer Überzeugung zufolge sind die unterschiedlichen Projekte der Landesstelle Gewaltprävention, des Kultusministeriums und weiterer Landeseinrichtungen gegen Aggression und Gewalt unverzichtbar, um ein gewaltfreies Miteinander zu fördern. Als Beispiel nannte Meißner das Bildungsprogramm des Vereins „Drudel 11“. Der Verein will damit Hemmschwellen gegen Aggression aufbauen, die Auseinandersetzung mit den begangenen Straftaten fördern und Bildungsdefizite im Bereich der Geschichte ausgleichen.

Unverständlich ist für die jugendpolitische Sprecherin der anhaltende Widerstand des Bundesjustizministeriums gegen den Entwurf für ein Gesetz zur Verbesserung der Bekämpfung der Jugendgewalt.

Hausanschrift
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

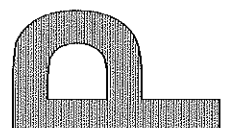
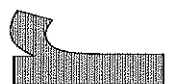
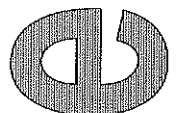
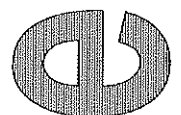
Telefon
0361 3772-205

Handy
0170 380 88 96

Telefax
0361 3772-520

E-Mail
pressestelle@thl-cdu.de

<http://www.thl-cdu.de>



Der Entwurf ist unter anderem auf Thüringer Initiative bereits im Juni 2003 und erneut in dieser Legislaturperiode in den Gesetzgebungsgang eingebracht worden. „Dort sind unter anderem ein Warnschussarrest und die regelmäßige Anwendung des allgemeinen Strafrechts auf Heranwachsende vorgesehen. Diese und weitere Maßnahmen würden die Optionen im Jugendstrafverfahren auch in Thüringen sinnvoll erweitern“, so Meißner abschließend.

Dr. Karl-Eckhard Hahn
Pressesprecher